

SP-Präsidium, Endenicher Allee 19 (Container), 53115 Bonn

Präsidium des 48. Bonner  
Studierendenparlamentes

Telefon [+49 228 73-7033](tel:+49228737033)

E-Mail [sp@uni-bonn.de](mailto:sp@uni-bonn.de)

Adresse Endenicher Allee 19  
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

**Beschlussausfertigung**  
vom 22.05.2026

**Beschlussausfertigung:** **Faire Bezahlung studentischer Beschäftigter - Verwaltungsfehler nicht zulasten von Studis fallen lassen**  
**Antragstellende:** Felix Roth (für die Fraktion Liste Poppelsdorf)  
Mathis Kock  
Lorenzo Conti  
**Sitzung des Beschlusses:** 5. ordentliche Sitzung  
**Datum der Sitzung:** 2026-05-21  
**Empfänger des Beschlusses:** Kanzler, Rektorat

Das 48. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat in seiner **5. ordentlichen Sitzung** den angehängten Antrag „**Faire Bezahlung studentischer Beschäftigter - Verwaltungsfehler nicht zulasten von Studis fallen lassen**“ der oben genannten Antragstellenden **einstimmig** beschlossen.



Paul Ludwig  
Erster Sprecher

**Anlagen:**

1. Beschlossener Antrag

#### **Das 48. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:**

Das Studierendenparlament bekräftigt seinen Beschluss „Keine Schlechterstellung von WHFs“ vom 25.03.2026. Dieser kritisiert, dass die prozentuale Anpassung der Gehälter der wissenschaftlichen Hilfskräfte (WHFs) zum 01.04.2026 im Vergleich zu den studentischen Hilfskräften (SHKs) wesentlich schlechter ausgefallen ist. In der Personalversammlung der wissenschaftlichen Beschäftigten am 22.04.2026 wurde dieser Umstand vom Kanzler und der Universitätsverwaltung als unbeabsichtigter Verwaltungsfehler bezeichnet, den man schnellstmöglich korrigieren wolle. In der Senatssitzung vom 07.05.2026 wurde jedoch verkündet, dass die Anpassungen doch erst zum Wintersemester 2026/27 durchgeführt werden sollen.

Das Studierendenparlament fordert die Universitätsverwaltung und das Rektorat mit Nachdruck dazu auf, zeitnah eine Lösung für die Bezahlung von WHFs zu finden, die nicht zu Lasten der Angestellten geht. Angestellte dürfen nicht dadurch finanziell schlechter gestellt werden, dass die Universität durch einen Verwaltungsfehler versehentlich ein geringeres Gehalt festgesetzt hat, als eigentlich angedacht war. Das Studierendenparlament kritisiert das intransparente Vorgehen der Uni und den Umgang mit den Gehältern ihrer WHFs scharf. Viele WHFs benötigen die Gehälter zur Finanzierung des Lebensunterhalts.

Sofern eine Anpassung des regulären Lohns organisatorisch nicht mehr umsetzbar ist, werden die Universitätsverwaltung und das Rektorat aufgefordert, alternative Lösungen zu prüfen und umzusetzen, wie beispielsweise die Ausschüttung einer Einmalzahlung an alle betroffenen Angestellten.

In jedem Fall wird die Universität aufgefordert, ihre Angestellten frühzeitig und proaktiv über das gewählte Vorgehen zu informieren.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]